NEUES AUS ESCHEBURG

DIE BÜRGERZEITUNG DER ESCHEBURGER SPD

Ausgabe 204 vom April 2022

Klare Köpfe, klare Ziele

SPD

SPD

Klare Köpfe, klare Ziele!

Inhaltsverzeichnis

Auf ein Wort	S. 3
KiTa und Schule am Limit – ein vorhersehbarer Engpass	S. 4
Kein neues Feuerwehrhaus in Sicht	S. 6
Escheburg: (K)ein Wohnort für jedermann?!	S. 7
Grünabfallsammelplatz – GRÜNE und EWG beschließen Ende	S. 9
GRÜNE und EWG legen verspäteten Haushalt für 2022 vor	S. 10
Impressum „Neues aus Escheburg“	S. 11
Bürgermeister Krause bekommt Hilfe	S. 12
Stop and Go in Escheburg	S. 13
Unser Team für die Landtagswahl 2022 stellt sich vor	S. 14
Von der Angst vor Bildern	S. 16

Klare Köpfe, klare Ziele!

Auf ein Wort

Liebe Escheburgerinnen, liebe Escheburger,

seit dem 24. Februar herrscht wieder Krieg in Europa. Mit brutaler Gewalt führt Russland eine militärische Invasion der Ukraine durch. Wir alle hören davon täglich - in den Nachrichten, aus den Zeitungen, aus den sozialen Netzwerken oder aus dem Bekanntenkreis. Unsere Gedanken sind voll davon, es betrifft uns alle, nicht zuletzt durch den Zustrom vieler Flüchtlinge, die um ihr Leben fürchten, bei uns Schutz suchen und untergebracht werden müssen.

Wir als SPD-Ortsverein Escheburg/Voßmoor haben uns lange gefragt, ob es angemessen ist, angesichts dieser Entwicklungen eine Zeitung herauszubringen, die die im Vergleich dazu klein erscheinenden Themen aus unserer Gemeinde in den Mittelpunkt stellt und auf die schleswig-holsteinische Landtagswahl am 8. Mai aufmerksam machen will. Wir denken ja – weil wir es richtig finden, dass auch in diesen Zeiten Probleme in unserer Kommune und die dafür politisch Verantwortlichen deutlich benannt werden. Und dass bei der Landtagswahl eine wichtige Entscheidung für eine politische
Veränderung ansteht – für einen SPD-Ministerpräsidenten Thomas Losse-Müller und für unsere SPD-Landtagskandidatin Anika Pahlke, die sich in unserer Zeitung kurz vorstellt und die politischen Ziele der Landes-SPD erläutert.

Wir beschreiben in unserer aktuellen Ausgabe, warum es in Escheburg zu einer dramatischen Unterdeckung von Plätzen in den Kindertagesstätten gekommen ist, unsere Grüppentalschule für die Anzahl der zu erwartenden Kinder nicht mehr genügend Platz bieten wird und wer für beides die Verantwortung trägt. Wir berichten über den Stillstand im Hinblick auf die Errichtung des neuen Feuerwehrstandortes, zeigen die verpassten Chancen bei der Entwicklung des Baugebietes Lippenkuhle auf und verdeutlichen, wie Bürgerfreundlichkeit genau nicht aussehen sollte. Lesen Sie, warum wir an einer seriösen Haushaltsplanung der Ratsmehrheit von GRÜNEN und EWG Zweifel haben, der Bürgermeister offensichtlich Hilfe braucht und es immer noch kein Verkehrskonzept für Escheburg gibt.

Zum Schluss noch eine nicht ganz ernst gemeinte Suche nach Gründen, warum es nach mehr als zwei Jahren Pandemie nicht gelungen ist, auch nur eine Escheburger Gemeinderatssitzung als Videokonferenz abzuhalten, obwohl dies in anderen Kommunen längst Alltag geworden ist.

Ihr SPD-Ortsverein Escheburg/Voßmoor

KiTa und Schule am Limit – ein vorhersehbarer Engpass

Es knirscht erheblich in den Escheburger Kindertagesstätten (Kitas). Bewerbungen über Bewerbungen auf nicht ansatzweise ausreichend freie KiTa-Plätze.

Wie konnte das passieren? Die Ursache ist das konsequente Ignorieren von Tatsachen durch die Ratsmehrheit von GRÜNEN und EWG. Bereits 2017 hinterfragten wir im Gemeinderat die Auswirkungen durch das Neubaugebiet Lippenkuhle. Für uns war es klar, dass das erhebliche Wachstum durch ein 180.000 Quadratmeter großes Neubaugebiet mit ca. 1.000 neuen Mitbürgern nicht ohne Auswirkungen auf die kommunale Infrastruktur bleiben würde. Insbesondere gilt dies in Hinblick auf die Anzahl der Kinder in den gemeindlichen KiTas und unsere Grüppentalschule. Die Standardantwort der Ratsmehrheit unter dem damaligen Bürgermeister Bork (EWG) und dem aktuellen Bürgermeister Krause (GRÜNE) an der Spitze lautete bisher immer: „Wenn keine auswärtigen Kinder mehr in den KiTas und der Schule betreut werden müssen, reichen die Kapazitäten völlig aus (vgl. Grüne Blätter 12/2018; S. 4 und 04/2017; S. 2 und im „EWG Durchblick“ Sommer 2018; S. 5).

Unsere Anträge, eine KiTa im Neubaugebiet Lippenkuhle einzuplanen (die Gemeinde besaß dort ca. 60.000 Quadratmeter) oder die Bebauung in mehreren zeitlich versetzten Abschnitten durchzuführen, um dadurch die Einrichtungen nicht zu überlasten, wurden immer abgelehnt.

Auch später erfolgte keine Einsicht

Auch unter dem neuen GRÜNEN Bürgermeister Krause fanden wir mit unseren Forderungen in der Gemeindevertretung kein Gehör. Deshalb stellten die Fraktionen von SPD und CDU zur Sitzung der Gemeindevertretung am 27.10.2021 den Antrag „Die Notwendigkeit eines KiTa Neubaus und/oder Anbaus durch den Schul- und Kulturausschuss prüfen zu lassen“. Diesem stimmte die Gemeindevertretung zu.

Der Vorsitzende des Ausschusses für Schule, Kultur, Jugend und Sport, Dr. U. Riederer (SPD) erarbeitete eine Prognose, die auf monatsgenauen Geburtenzahlen ab 2016 in Verbindung mit Daten des statistischen Bundesamtes

beruht. Das Ergebnis stellte er dann in der Sitzung am 02.02.2022 dem Ausschuss vor.

Schon für das kommende Kindergartenjahr 2022/2023 zeichnet sich eine dramatische Situation ab. Inklusive der Zuzüge aus dem Neubaugebiet Lippenkuhle gibt es 54 Bewerbungen auf 24 freie Krippenplätze. Noch schlimmer ist die Situation im Kindergartenbereich (ab dem 3. Lebensjahr). Dort gibt es 49 Bewerbungen auf 4 freie Plätze. Absehbar ist auch künftig keine Trendumkehr.

Fazit:

- Escheburg hat deutlich zu wenig Krippen- und Kindergartenplätze.

- Aufgrund zu geringer Kapazitäten wird Escheburg die Einrichtungen der Nachbargemeinden belasten. Dies bedeutet längere Fahrtwege für Eltern aus Escheburg zu diesen Einrichtungen.

- Ab dem Schuljahr 2025 wird unsere Grüppentalschule für vermutlich 5 Jahre dreizügig werden (die Schule hat aber nur 9 der dann benötigten 12 Klassenräume).

Für das aktuelle Schul- und Kindergartenjahr (KiGa) 2022/2023 deckten sich die Zahlen der erstellten Prognose mit den tatsächlichen Zahlen.

Nach ausführlicher Beratung empfahl der Ausschuss für Schule, Kultur, Jugend und Sport einstimmig, dass die Gemeindevertretung beschließen möge:

- Schnellstmöglicher Neubau/Anbau einer Kindertagesstätte mit mindestens 5 Gruppen. Für die Realisierung ist das KiGa-Jahr 2023/2024 anzustreben.

- Schaffung von zusätzlichen 35 Krippen- und 30 Kindergartenplätzen.

- Umgehende Bildung eines Sonderausschusses „KiTa Neubau/Anbau“.

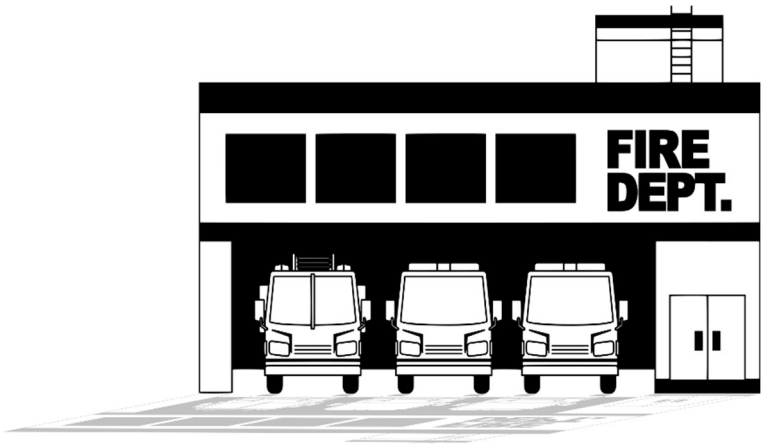
- Ab dem Schuljahr 2023/2024 werden keine auswärtigen Kinder mehr in der Grüppentalschule aufgenommen.

- Die Grüppentalschule wird spätestens zum Schuljahr 2025/2026 um 3 Klassenräume erweitert. Die Raumsituation in der Offenen Ganztagsschule ist dabei zu berücksichtigen und gegebenenfalls anzupassen.

Und wer bezahlt das alles? Jetzt die Gemeinde! Also wir, alle Escheburgerinnen und Escheburger!

Wäre man seinerzeit auf unsere Vorschläge eingegangen und hätte die Kosten für einen KiTa-Neubau und den Ausbau der Schule vertraglich in der Vermarktung des Neubaugebietes Lippenkuhle geregelt, so müsste der jetzige Erschließungsträger, die Sparkasse und die Uwe Gerner GbR, diese Kosten tragen (Folgelastenbeitrag). Das ist ein allgemein übliches Verfahren, nur anscheinend leider nicht in unserer Gemeinde.

In der letzten Gemeinderatssitzung am 03.03.2022 wurde der Vorschlag des Ausschusses für Schule, Kultur, Jugend und Sport diskutiert. Selbst hier wurden die zuvor ermittelten Bedarfe durch GRÜNE und EWG wieder grundsätzlich in Frage gestellt. Nach kontroverser Diskussion ist es uns zumindest gelungen, dass die Mindestanzahl von zu schaffenden 35 Krippen- und 30 Kindergartenplätzen festgeschrieben wurde und eine Arbeitsgruppe eingesetzt wird, die Vorschläge zur Deckung der fehlenden Plätze erarbeiten soll.



Kein neues Feuerwehrhaus in Sicht

Die Planungen für ein neues Feuerwehrgerätehaus für unsere Feuerwehr, das dringend benötigt wird, kommen auch 2022 nicht voran. Die GRÜNEN und EWG, allen voran Bürgermeister Krause, schaffen es nicht, den Prozess weiter voranzutreiben. Dadurch verbleibt der Neubau in weiter Ferne.

Währenddessen müssen unsere Feuerwehrleute weiter ihren Dienst in einem Gebäude versehen, dessen Mängel so eklatant sind, dass selbst bauliche Maßnahmen keine vernünftige Abhilfe mehr schaffen könnten. Die Sicherheit unserer Retter kann nicht garantiert werden. Ein Umstand, der schon seit Jahren auch der HFUK Nord (Hanseatische Feuerwehr Unfallkasse Nord) bekannt ist und immer wieder angemahnt wird.

Trotz der gebotenen Dringlichkeit kommt Bürgermeister Krause Aufforderungen zum Handeln seitens der Gemeindevertretung nicht immer konsequent nach, oder interpretiert seinen Auftrag und die Situation anders, als es gemeinsam abgestimmt war und erforderlich wäre.

Die SPD Escheburg/Voßmoor hält dies für einen nicht hinnehmbaren Zustand und wird weiterhin alles daransetzen, die Situation für unsere ehrenamtlichen Feuerwehrleute zu verbessern, auch wenn dies bedeutet, unangenehme Fragen zu stellen und diese öfter wiederholen zu müssen.

Immerhin eine gute Nachricht

Immerhin eine gute Nachricht gibt es zu verkünden: In der Gemeinderatssitzung am 10.12.2021 wurde einstimmig beschlossen, dass sich die Gemeinde an einer Sammelbestellung des Landes Schleswig-Holstein für ein neues Löschfahrzeug beteiligt. Zumindest dies erleichtert die Planung für die technische Ausstattung der Feuerwehr und gibt durch die Ausschreibung bereits jetzt Rechtssicherheit. Das neue Löschfahrzeug wird ein altes und in die Jahre gekommenes Fahrzeug ablösen und ersetzen.

Escheburg: (K)ein Wohnort für jedermann?!

Neben den bereits angesprochenen Auswirkungen des Baugebiet Lippenkuhle auf unsere Kindergärten und Grüppentalschule, wird auch im Baugebiet selbst die Plan- und Ideenlosigkeit der regierenden Parteien GRÜNE und EWG immer offensichtlicher.

Seit Jahren versucht die SPD Escheburg/Voßmoor Einfluss auf die Planungen für das Baugebiet Lippenkuhle im Sinne aller Escheburgerinnen und Escheburger zu nehmen. In unseren Überlegungen haben wir nicht nur die Interessen der derzeitigen Mitbürger, sondern auch die durch das Neubaugebiet Lippenkuhle hinzukommenden neuen Mitbürger Escheburgs berücksichtigt und entsprechende Anträge in der Gemeindevertretung gestellt.

Diese Versuche wurden nie ernst genommen und mitunter ruppig weggewischt. Oft wurden wir darüber hinaus vor vollendete Tatsachen gestellt. Es hilft wenig, wenn man am Ende Recht behält, denn dann sind die Würfel bereits gefallen und niemandem ist geholfen.

Um hier konkreter zu werden, möchten wir Ihnen zwei Beispiele geben:

1. Vergabe von Grundstücken

Wie befürchtet, hat die Gemeinde die Zügel komplett aus der Hand gegeben und hat keinerlei Einfluss oder Wissen, wer im Baugebiet ein Grundstück erhielt und wer nicht. Der Prozess war aus unserer Sicht maximal intransparent. Wir hätten uns gewünscht, dass viel mehr Escheburger bei der Vergabe von Grundstücken berücksichtigt worden wären.

Uns erreichten nach der wie auch immer erfolgten Zuteilung der Grundstücke zahlreiche Anrufe und Emails enttäuschter Interessenten. Die Alternative für diese Escheburgerinnen und Escheburger bleibt nur, sich Bauland in anderen Gemeinden zu suchen und unser Dorf und somit unsere Dorfgemeinschaft dauerhaft zu verlassen.

Für uns, ist dies ein unnötiger Verlust und absolut unverständlich. Wir sorgen uns darum, dass die Altersgruppe der jungen Erwachsenen vollständig aus dem Dorf verdrängt wird.

2. Wohnungen

Seit Jahren kritisieren wir, dass es in Escheburg kaum Mehrfamilienhäuser mit günstigem Wohnraum gibt. Ein Versäumnis, das selbst der ehemalige Bürgermeister Rainer Bork (EWG) auf einer Gemeinderatssitzung öffentlich zugeben musste. Anstatt mit Sachverstand an diesem offensichtlichen Problem zu arbeiten, verfolgten GRÜNE und EWG aber andere „Pläne“. Erst verschacherte man, unserer Meinung nach, mehrere zehntausend Quadratmeter Gemeindeeigentum im Baugebiet Lippenkuhle zu einem zu geringen Preis an einen Investor und erhält lediglich das unserer Meinung nach schlechteste Grundstück des Baugebietes an der Laderampe des zukünftigen Supermarktes für Mehrfamilienhäuser zurück.

Dann stellte man fest, dass das bei dem größten Baugebiet im Kreis Herzogtum Lauenburg vielleicht doch ein bisschen wenig sei. Deshalb kaufte man zum Marktpreis ein weiteres Grundstück vom Investor zurück. Selbstverständlich liegt dieses ebenfalls neben der Laderampe und vollendet damit den Schallschutz für die Einfamilienhäuser dahinter. Dies macht aber immerhin zwei Grundstücke.

Doch dann, oh Schreck, stellten GRÜNE und EWG plötzlich fest, dass es Geld kostet Gebäude zu bauen. Wer hätte das jemals ahnen können? Also plante man im Haushalt mehrere Millionen für ebenjene Häuser ein, nur um festzustellen, dass man aufgrund Corona, anderen notwendigen Ausgaben und generös verteilten Wahlgeschenken, diese Millionen nicht mehr hat.

GRÜNE und EWG schwenkten nachträglich um und möchten nun prüfen, ob ein weiterer Investor gefunden werden kann, der die Häuser für die Gemeinde errichtet.

Dies hätte zusammen mit dem Verkauf der gemeindeeigenen Grundstücke im Baugebiet Lippenkuhle verhandelt werden müssen.

Meckern ist immer leicht, wie geht es besser?

Es reicht ein Blick nach Geesthacht, genauer gesagt auf das Baugebiet Waterkant. Dort wurde vor der Erstellung der Verträge, vor dem Übertragen der Grundstücksflächen der Stadt Geesthacht auf den Investor, vertraglich festgehalten, dass dieser 25% Sozialwohnungen bereitstellen muss, inklusiver Nebenbestimmungen zum Vorteil der zukünftigen Mieter wie z.B. Miethöhe, Bindungsdauer Mietpreis, Belegung und Vergabe von Wohnungen etc.

Diesen einfachen Weg hätten wir genommen und haben ihn mehrfach vorab vorgeschlagen. Durch diese Klausel im Vertragswerk, hätte der Investor, der das Baugebiet erschlossen hat, für die Gemeinde solche Wohnungen errichten müssen. Das Geschäft mit dem Baugebiet hätte sich immer noch für ihn gerechnet und die Gemeinde hätte günstigen Wohnraum erhalten. Es wäre eine Win-Win-Situation gewesen und der Gemeinde wäre ein finanzieller Spielraum erhalten geblieben.

Die SPD Escheburg/Voßmoor wird sich dafür einsetzen, dass diese lange und traurige Saga aus verpassten Chancen und Kurzsichtigkeiten zu einem bestmöglichen Abschluss gebracht wird und konstruktive Vorschläge einbringen.

Grünabfallsammelplatz – GRÜNE und EWG beschließen Ende

Viele Escheburger werden mittlerweile bemerkt haben, dass der Grünabfallplatz am Speckenweg, nahe der A25, nicht mehr in Betrieb ist. Im März 2020 hat die Gemeinde einen Brief vom Fachdienst Abfall und Bodenschutz vom Kreis Herzogtum Lauenburg erhalten. Darin steht sinngemäß, dass mit dem Inkrafttreten der Bioverordnung ein Grünabfallplatz nur noch unter bestimmten Bedingungen betrieben werden darf. Diese Bedingungen wurden auf unserem Grünabfallplatz nicht erfüllt.

Der Planungs- und Umweltausschuss bekam vom Gemeinderat die Aufgabe, Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Nach mehreren Sitzungen hat der Planungs- und Umweltausschuss auf seiner Sitzung am 10.08.2021 unter Vorsitz von Frank Lohmeyer (CDU) mit 5 zu 2 Stimmen beschlossen, dass der Boden unseres Grünabfallplatzes mit einem Naturmineralgemisch verfestigt werden soll. So hätten dort bedarfsgerecht Container abgestellt werden können. Damit wäre eine Möglichkeit geschaffen worden, dass die Escheburger weiterhin ihren Grünschnitt vor Ort entsorgen hätten können. Die hierfür notwendigen Regularien und Detailplanungen hätten in der nächsten Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses erarbeitet werden sollen.

Bürgerfreundliche Politik geht anders

Auf der Sitzung des Gemeinderates am 27.10.2021 fand sich der Tagesordnungspunkt „Betrieb des Grünabfallplatzes“. In der Diskussion während der Sitzung wurde aber schnell klar, dass GRÜNE und EWG an dieser Lösung, die im Sinne vieler Escheburgerinnen und Escheburger ist, keinerlei Interesse hatten.

Völlig überraschend für uns beantragten und beschlossen GRÜNE und EWG daraufhin mit ihrer Ratsmehrscheit von einer Stimme die Schließung des Grünabfallsammelplatzes. Wir stimmten gemeinsam mit der CDU dagegen.

Die SPD Escheburg/Voßmoor bedauert diese Entscheidung außerordentlich. Wir werden dieses Thema auch in Zukunft weiterverfolgen und uns dabei für die Interessen der Escheburgerinnen und Escheburger einsetzen.

GRÜNE und EWG legen verspäteten Haushalt für 2022 vor

Nachdem wir in unserer letzten Ausgabe von "Neues aus Escheburg" bereits über den von GRÜNEN und EWG beschlossenen unseriösen Nachtragshaushalt 2021 berichtet haben, setzten sie ihre Herangehensweise mit der verspäteten Vorlage des Haushaltes für 2022 fort. Die Vorschriften in der schleswig-holsteinischen Gemeindeordnung sind sehr eindeutig und eigentlich nicht falsch zu verstehen: "Die Haushaltssatzung (die den Haushalt mit beinhaltet) tritt mit Beginn des Haushaltsjahres in Kraft und gilt für das Haushaltsjahr" und "Haushaltsjahr ist das Kalenderjahr (vgl. §77 Abs.3 und 4 GO-SH). Daraus ergibt sich die Pflicht, den Haushaltsplan so rechtzeitig aufzustellen, sodass er vor Beginn des Haushaltsjahres verabschiedet werden kann. Dies wurde versäumt. Die Gemeinde wurde dadurch gezwungen, eine sogenannte vorläufige Haushaltsführung zu beachten, die nur noch unaufschiebbare Ausgaben für die Fortführung notwendiger Aufgaben zulässt (vgl. §81 GO-SH). Dies ist eine völlig unnötige Einschränkung, letztlich verursacht durch nicht rechtzeitiges Handeln des Bürgermeisters und der ihn tragenden Ratsfraktionen aus GRÜNEN und EWG.

Luftnummern geplatzt

Doch was enthält der Haushalt 2022? Positiv zu bewerten ist, dass GRÜNE und EWG offensichtlich von der schuldenfinanzierten Errichtung von Mehrfamilienhäusern im Neubaugebiet Lippenkuhle durch die Gemeinde abrücken wollen. Zumindest fehlen die bisher vorgesehenen Darlehensaufnahmen in Höhe von 4 Mio. Euro im Haushalt. Ein weiteres Indiz ist, dass der von der SPD seit langem eingebrachte Vorschlag zu prüfen, ob das Bauvorhaben unter Auflage der Schaffung von vergünstigtem Wohnraum an Investoren vergeben werden kann, plötzlich als eigener Antrag der GRÜNEN und EWG im Gemeinderat präsentiert wurde (Sitzung vom 10.12.2021, TOP 12). Wir helfen den GRÜNEN und der EWG gerne auf die Sprünge, wenn es zu einer für die Gemeinde finanzierbaren und sinnvollen Lösung führt. Gleichzeitig wurden die zu erwartenden Kostensteigerungen für die Sanierung der Straße Götensberg endlich berücksichtigt. Statt der bisherigen 1,5 Mio. Euro finden sich nun 2,2 Mio. Euro im Haushalt.

Auch der bisherige Ansatz von 3 Mio. Euro für die Errichtung eines neuen Feuerwehrgerätehauses am Radelsweg wurde entfernt, es bleibt lediglich

noch ein Ansatz für Planungskosten in Höhe von 50.000 Euro. Grund ist die äußert verfahrene Lage im Hinblick auf den Erwerb der für den Neubau notwendigen Grundstücke.

Schade ist nur, dass man für die Entfernung von Luftnummern im Haushalt so lange gebraucht hat und die Erkenntnis dessen offensichtlich immer nur sehr langsam reift. Insbesondere gilt dies dann, wenn Anregungen und Warnungen von der Opposition kommen.

Erhöhter Bedarf an Kindergartenplätzen nicht gesehen

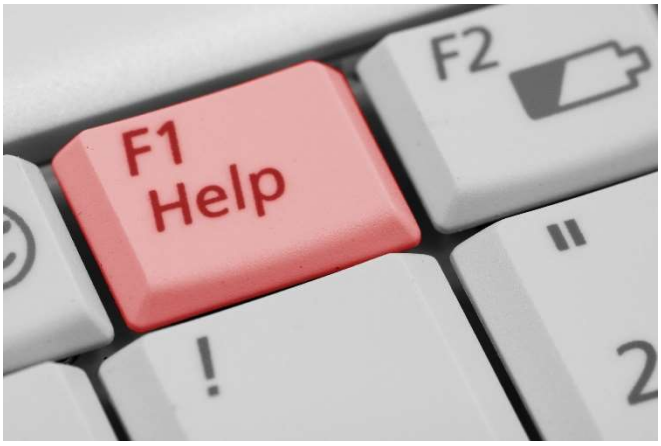
Die SPD Escheburg/Voßmoor hat bereits vor dem Beschluss zum Baugebiet Lippenkuhle darauf hingewiesen, dass allein durch den Zuzug von ca. 1.000 neuen Bürgerinnen und Bürgern in das Neubaugebiet eine sehr starke Nachfrage von Kindergarten- und Krippenplätzen resultieren wird, die die derzeitigen Kapazitäten in unserer Gemeinde bei weitem übersteigen werden. Auf Seiten der Mehrheitsfraktionen von GRÜNEN und EWG wurde diese sich deutlich abzeichnende Engpass-situation jedoch jahrelang ignoriert.

Erst im Jahr 2022 wurde durch unsere erneute Intervention für die Planung neuer Kindergarten- und Krippenplätze 300.000 Euro in den Haushalt eingestellt.

Unser Fazit: Auch wenn einige grobe Schnitzer innerhalb des Haushalts 2022 nunmehr korrigiert wurden, bleibt dennoch der Eindruck zurück, dass bei der Aufstellung vieler Einzelposten nicht mit der notwendigen Sorgfalt gearbeitet wurde. Auch wenn für die Ausarbeitung des Haushaltes das Amt Hohe Elbgeest zuständig ist, so verbleibt dennoch die politische Verantwortung bei der Gemeinde, also dem Bürgermeister und den Fraktionen aus GRÜNEN und EWG, die die Mehrheit bilden. Wer bei Vorschlägen und deutlichen Hinweisen der Opposition nicht hinhören will, der sollte wenigstens einen Haushalt aufstellen, der seriös und nachvollziehbar ist. Und zwar pünktlich.

Impressum „Neues aus Escheburg

Herausgeber:	SPD Escheburg
V.i.S.d.P.:	André Papazoglou
Redaktion:	Anke Arndts, Ingo Arndts, Lars Gerdes, Marvin Haak, Dr. Ulrich Riederer, Matthias Sprenger, Adel Hanafi, Haide Borchert, Angela Timm und André Papazoglou
Druck:	Druckerei Zollenspieker, 1.700 Exemplare
Kontakt:	kontakt@spd-escheburg.de



Bürgermeister Krause bekommt Hilfe

Die Bürgermeister aus Escheburg Frank Krause und Börnsen Klaus Tormählen (beide von den GRÜNEN) bekommen Hilfe bei der Führung ihrer Amtsgeschäfte.

So jedenfalls ist es aus Unterlagen, die dem Amtsausschuss vorlagen, zu entnehmen. Beschlossen wurde die Besetzung einer hochvergüteten Vollzeitstelle nur für diese beiden Bürgermeister. Der Name der neuen Planstelle lautet „Persönliche/r Referent/in der Bürgermeister“. Nach Meinung der überwiegenden Mehrheit des Escheburger Gemeinderates wäre eine Diskussion darüber, ob die Gemeinde dies überhaupt möchte, das Mindeste gewesen. Leider hat sich Bürgermeister Krause dieser Diskussion entzogen. Der Gemeinderat wurde vor bereits vollendete Tatsachen gestellt. Transparenz, wie sie vor allem die Escheburger GRÜNEN immer wieder fordern und beschwören, sieht anders aus.

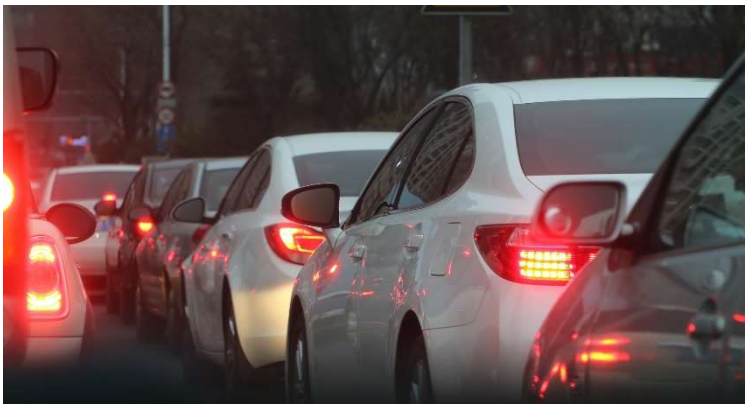
Schwächung der kommunalen Selbstverwaltung

Diese „persönliche Referentin“ wird vollständig aus dem Haushalt des Amtes Hohe Elbgeest finanziert. Indirekt natürlich durch die Gemeinde Escheburg über die Amtsumlage, aber eben auch von allen anderen Gemeinden im Amtsbereich. Dies führte im Amtsausschuss, wenig überraschend, zu sehr kontroversen Diskussionen. Bürgermeister Krause verteidigte seine neue Planstelle jedoch vehement.

Auch wenn der Bürgermeister es vermutlich bestreiten wird, dass mit einer solchen Planstelle eine Schwächung der kommunalen Selbstverwaltung einhergeht, sehen wir diese Gefahr sehr deutlich. Eine solche Stelle hat es unter allen Amtsvorgängern nie gegeben und wurde auch nie gefordert.

Wir sehen die Auskunftsfähigkeit von Bürgermeister Krause weiter schwinden. Schon jetzt erhalten die verschiedenen Ausschüsse und der Gemeinderat auf gestellte Fragen viel zu häufig die Antwort „Da muss ich erst das Amt fragen" oder „Das hat das Amt gesagt“. Nach Einführung dieser Stelle wird sich dieser Trend zukünftig wohl noch weiter verstärken.

Klare Köpfe, klare Ziele!



Stop and Go in Escheburg

Seit Jahren beschäftigen wir uns mit der Verkehrssituation in unserer Gemeinde und den Nachbargemeinden. Leider sind wir damit weitestgehend allein. Seit unserer letzten Ausgabe von „Neues aus Escheburg 203“ vom September 2021, ist leider in diese Richtung wenig bis gar nichts passiert. Im Gegenteil: Während wir ein allumfassendes Verkehrskonzept fordern, wurde nun eine teure und tiefgreifende Einzelmaßnahme beschlossen. Die Sanierung des Götensbergs. Verstehen Sie uns an dieser Stelle nicht falsch, die Sanierung ist definitiv notwendig, doch hier wurden Diskussionen und Planspiele (durch-)geführt, ohne die anderen Verkehrsflüsse in der Gemeinde bzw. der Umgebung zu berücksichtigen.

Schon jetzt haben wir in unserer kleinen Gemeinde zu den Hauptverkehrszeiten extrem viele Autos auf unseren Straßen. Spätestens wenn die ersten neuen Bürgerinnen und Bürger im Baugebiet Lippenkuhle einziehen, kommen noch einmal mehr Autos hinzu. Manch einer könnte Escheburg zu Stoßzeiten glatt mit dem Hamburger Stadtkern verwechseln.

Auch die Art und Weise, wie der Prozess zur Sanierung des Götensberg durchgeführt wurde, wirft zahlreiche Fragen auf. Wurde anfangs noch vollumfängliche Bürgerinformation und -beteiligung gepredigt, hat man diese scheinbar mitten im Prozess ad acta gelegt. Nach einer ersten Einwohnerversammlung zu diesem Thema blieben die vom Bürgermeister Krause versprochenen Folgetermine aus. Stattdessen landete das Thema urplötzlich im Gemeinderat zur Abstimmung.

Um die Bürgerinnen und Bürger, insbesondere die betroffenen Einwohner, die unmittelbar am Götensberg wohnen, nicht im Regen stehen zu lassen, haben kurzerhand die SPD und CDU zur zweiten Bürgerinformationsveranstaltung vor der entscheidenden Gemeinderatsversammlung eingeladen. Die Anzahl der Teilnehmer sprach Bände, ebenso wie die zahlreichen Beschwerden über das Vorgehen in dem Prozess. Viele konstruktive Vorschläge für Verbesserungen wurden an diesem Abend gemacht, die die SPD und CDU mit in die Diskussion in den Gemeinderat einbringen konnten.

Die SPD Escheburg/Voßmoor hält an ihrer Forderung nach einem vollumfänglichen Verkehrskonzept für Escheburg und Umgebung fest und wird weiterhin diesbezüglich Anträge in den Gemeinderat einbringen. Sollten Sie Vorschläge und Ideen haben, kontaktieren Sie uns jederzeit gerne! Gemeinsam können wir etwas in Escheburg bewegen!

Klare Köpfe, klare Ziele!

Unser Team für die Landtagswahl 2022 stellt sich vor

Liebe Escheburgerinnen und Escheburger,

bei uns in der wachsenden Metropolregion sind steigende Mieten, fehlende Kitaplätze und der Ausbau des ÖPNV aktuelle Herausforderungen. Bei der Landtagswahl am 8. Mai stellen wir die Weichen für mehr Solidarität und Fortschritt.

Ich freue mich sehr, mich Ihnen als Ihre SPD-Kandidatin für den Wahlkreis Lauenburg-Süd vorzustellen: Ich bin 35 Jahre alt und lebe mit meinem Mann und unserem Sohn in Aumühle. Als Familienmensch ist ein gutes und solidarisches Zusammenleben auch in der Politik mein Antrieb. Politische Erfahrung habe ich als Büroleiterin im Bundestag, als Termin-Referentin von Olaf Scholz und im Kreistag Herzogtum Lauenburg gesammelt.

Einst war Schleswig-Holstein Vorreiter bei den erneuerbaren Energien. Um die Lebensgrundlagen für nachfolgende Generationen zu erhalten und die Klimaschutzziele zu erreichen, müssen wir schnell handeln. Dabei ist die Lösung so nah: ein beschleunigter Umstieg auf erneuerbare Energien bietet Perspektiven und auch Arbeitsplätze.

Zum Klimaschutz gehört auch die Verkehrswende, also die Stärkung des ÖPNV, der Ausbau der Radwege und die Förderung der Elektromobilität. Dabei darf der ländliche Raum nicht abgehängt werden. Wir dürfen nicht so tun, als ob es nur Städte gibt.

Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander – steigende Mieten wirken hier wie ein Brandbeschleuniger. Anders als früher macht die durchschnittliche Miete heute viel mehr als nur ein Drittel des Einkommens aus. Es darf nicht sein, dass bezahlbares Wohnen reine Glückssache ist. Wohnen ist ein Menschenrecht. Oft fehlt es auch an geeignetem Wohnraum, der das Älterwerden im gewohnten Umfeld ermöglicht. Dabei ist dies so wichtig. Es war ein Fehler der aktuellen Landesregierung, bestehend aus CDU, GRÜNEN und FDP, die Mietpreisbremse abzuschaffen und die Kappungsgrenzenverordnung (in ausgewählten Kommunen wurde damit die Mieterhöhung

auf maximal 15 % innerhalb von 3 Jahren begrenzt) zu streichen.

Es gibt also viel zu tun. Gerne möchte ich mich künftig mit Tatkraft und Herz für unsere Region im Landtag einsetzen. Es würde mich sehr freuen, wenn wir in den kommenden Wochen und Monaten ins Gespräch kommen, damit ich auch Ihre Anregungen und Wünsche aufgreifen kann.

Herzliche Grüße

Anika Pahlke

Neben Anika, unserer Kandidatin vor Ort, hat die SPD Schleswig-Holstein Thomas Losse-Müller als Spitzenkandidaten aufgestellt.

Als Ministerpräsident sind dies seine wichtigsten Vorhaben:

"Wir haben uns als Gesellschaft viel vorgenommen. Wir wollen den Klimawandel stoppen und die Digitalisierung voranbringen. In all diesen Veränderungen müssen wir die Gesellschaft zusammenhalten. Ich will Schleswig-Holstein als Ministerpräsident sozial, digital und klimaneutral machen."

DAFÜR TRETE ICH EIN SPD

Einen Auszug seiner wichtigsten Vorhaben als Ministerpräsident sind dabei:

+ Wir müssen für bezahlbares Wohnen überall im Land sorgen. Dabei kann das Land viel mehr tun. Unser Vorschlag ist die Wiedereinführung der Mietpreisbremse und die Senkung der Grunderwerbssteuer, wenn Familien eine erste Immobilie kaufen.

+ Die Ladeinfrastruktur für E-Autos muss flächendeckend ausgebaut werden. Das Geld steht in Berlin bereit, aber es muss auch verbaut werden. Unser Vorschlag ist, dass das Land dafür eine eigene Infrastrukturgesellschaft gründet und so selbst baut.

+ Den Rechtsanspruch auf den offenen Ganztag wird 2026 kommen. Die Vorbereitungen an den Grundschulen müssen jetzt bereits laufen und durch das Land gefördert werden.

+ Die Digitalisierung muss neu organisiert werden. Unser Plan ist es, den Schulträgern anzubieten, dass wir als Land überall in Schleswig-Holstein für gleiche Lernbedingungen sorgen. Schülerinnen und Schüler erhalten dann ab der 8. Klasse Laptop oder Tablet vom Land.

+ Die Beitragsfreiheit in der Kita gibt es nur mit der SPD! Damit helfen wir Familien besonders angesichts der steigenden Preise für Energie oder Miete.

+ Der Weg zur klimaneutralen Gesellschaft ist alternativlos. Wir sollten mit aller Kraft nach einer Vorreiterrolle streben. Neue Arbeitsplätze und entsprechendes Knowhow, eine intakte Umwelt und höhere Lebensqualität sind die Perspektive, die die Menschen in diesem Land brauchen!

Von der Angst vor Bildern

Seitdem es, mutmaßlich im Jahre 1826 durch den Franzosen Joseph Nicéphore Niépce, gelungen ist, das erste beständige Bild aufzunehmen, gibt es vermutlich auch ein Unbehagen dagegen. So ist von Angehörigen einiger Naturreligionen überliefert, dass sie eine Ablichtung insbesondere ihres Gesichtes ablehnen, da sie die Kamera als eine Art dämonisches Wesen betrachteten, das imstande sei, die Seele zu rauben. Aus verschiedenen auch heutigen Glaubensrichtungen ist bekannt, dass für bestimmte religiöse Motive Zeichnungen und Fotografien nicht erlaubt sind – man spricht in diesem Zusammenhang vom sogenannten Bilderverbot. Seit der bahnbrechenden Erfindung im französischen Saint-Loup-de-Varennes hat sich die Technik weiterentwickelt, über die ersten beweglichen Aufnahmen hin zu ganzen Filmen und schließlich, als vorläufiger Höhepunkt, der Videokonferenz, die sich insbesondere in Corona-Zeiten großer Beliebtheit erfreut. Geblieben ist jedoch das Unwohlsein mancher Zeitgenossen, man spricht im Neudeutschen bereits von der sogenannten "Zoom Anxiety", der panischen Angst vor Videokonferenzen.

Es ist zu vermuten, dass unserem Bürgermeister Frank Krause (GRÜNE) all diese Bedenken fernliegen, da nachgewiesenermaßen Fotografien von ihm existieren und er Gerüchten zufolge auch bereits erfolgreich an Videokonferenzen teilgenommen haben soll. Auch Facebook nutzt er gern und häufig, um Informationen zu verbreiten. Oft geschieht dies, bevor es der Gemeinderat erfährt.

Daher bleibt es uns allen ein Rätsel, warum er bis heute, mehr als zwei Jahre nach Ausbruch der Pandemie, hartnäckigen Widerstand gegen die Durchführung von Gemeinderatssitzungen als Videokonferenzen leistet, selbst in Zeiten von höchsten Inzidenzen. Alle rechtlichen Hürden wurden schon lange beiseite geräumt: Bereits am 07.09.2020 hat der Schleswig-Holsteinische Landtag mit dem neuen §35a der Gemeindeordnung die rechtliche Voraussetzung für Videokonferenzen geschaffen. Die Gemeinde Escheburg hat daraufhin am 18.12.2020 sowohl ihre Hauptsatzung geändert als auch am 28.04.2021 in der Geschäftsordnung Rahmenbedingungen für die Durchführung geschaffen. Auch alle technischen Voraussetzungen sind gegeben, inklusive der Möglichkeit, die Sitzung im Internet zu übertragen.

Videokonferenzen sind eine gute Lösung zur Reduzierung der Ansteckungsrisiken sowohl der Gemeinderatsmitglieder als auch der interessierten Öffentlichkeit. Viele Gemeinden in Schleswig-Holstein tagen mittlerweile regelmäßig mittels Videokonferenzen. Für Escheburg fehlt allerdings noch eines: Der politische Wille des Bürgermeisters. Er allein fällt laut Hauptsatzung die Entscheidung, ob eine Gemeinderatssitzung als Videokonferenz stattfinden kann. Er will es, aus welchen Gründen auch immer, offensichtlich nicht. Zur Sitzung am 03.03.2022 lud er lieber in die Turnhalle ein.

Hoffen wir also, dass die Pandemie im kommenden Winter kein großes Ausmaß mehr annimmt und die Turnhalle noch groß genug sein wird. Falls es doch noch wider Erwarten zu einer Videokonferenz kommen sollte und seitens des Bürgermeisters wieder Bedenken bestehen, könnte er ja vielleicht zu Maske und Stimmverzerrer greifen.